

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 18.06.2020

Fragen	
Partymeilen Karmeliterplatz und Lendplatz	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Puch-Steg Neu	Horst Alic
Steinpoller Lendplatz – Lösung für Skater und BewohnerInnen	Manfred Eber
Anfragen	
Fortsetzung der Finanzierung eines Stipendiums für Gedenkdienstleistende	Mag. ^a Uli Taberhofer
Büroräumlichkeiten Gürtelturmplatz	Manfred Eber
Büropersonal für Grazer Volks- und Neue Mittelschulen	Kurt Luttenberger
Anträge	
Mahnmal Lager Liebenau	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Ausspucken auf der Straße ist ekelhaft und gefährdet	Elke Heinrichs
Großer Grazer Frühjahrsputz	Christian Sikora
Graz repariert	Christian Sikora
Zugang zu Grazer Bäder vereinfachen	Christian Sikora
Wanderweg errichten	Christian Sikora
Arbeit und soziale Sicherheit für Menschen mit Behinderung	Sigrid Zitek
Dringliche Anträge	
Einführung einer Vermögenssteuer	Manfred Eber
Schulsportplätze im Sommer gratis nutzen	Elke Heinrichs



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

16/06/2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 18. Oktober 2018

An Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: Partymeilen Karmeliterplatz und Lendplatz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter,

am 21. Mai hat Bürgermeister Siegfried Nagl in einer Presseaussendung gesagt: „Viele Veranstaltungen nutzen die Altstadt samt Handel und Gastronomie zwar als Kulisse, verstellen sie aber mit Bühnen und Barrieren und bringen wenig – außer Lärm, Behinderungen und aufwendige Auf- und Abbauarbeiten.“ Tatsächlich sind die Innere Stadt und auch das „neue Zentrum“ um den Lendplatz unzähligen Events und Veranstaltungen ausgesetzt. Nun droht den BewohnerInnen ein nächster Anschlag auf die ohnehin nur äußerst spärlichen Ruhezeiten. ÖVP und FPÖ wollen den Karmeliterplatz sieben Tage in der Woche, jeweils von 14.00 bis 23.00 Uhr, zur Partymeile machen. Um den von den Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie besonders betroffenen Nacht-Gastronomen zu helfen, sollen Karmeliterplatz und Lendplatz für drei Monate in eine Partymeile verwandelt werden, in die lokale Gastronomie nicht eingebunden wird. Auch die Anrainer*innen sind alles andere als glücklich über diese massive Bespielung des öffentlichen Raumes.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Wie verträgt sich die angedachte Partymeile mit den Veranstaltungsrichtlinien der Stadt Graz?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Horst Alic

Dienstag, 16. Juni 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 18. Juni 2020

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Puch-Steg Neu**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Zuge des Baus des Murkraftwerks wurde der alte Puchsteg abgerissen und sollte innerhalb von einem Jahr durch die EStAG neu errichtet werden. Die Stadt zahlte ihrerseits sogar 480.000,- Euro dazu. Die EStAG hielt sich an die vertragliche Vereinbarung und baute den neuen Steg zeitgerecht. Doch die Stadt Graz hat es verabsäumt, sich vorab mit dem Eigentümer des Grundstückes am östlichen Ende des Stegs über die Nutzung zu einigen. Bis heute ist es zu keiner Einigung gekommen und der fertige neue Puchsteg ist noch immer nicht benutzbar. Die Errichtung einer Brücke beinhaltet naturgemäß auch die Nutzung beider Uferseiten. Die Stadt Graz hat sich durch diese Versäumnisse in eine schwierige Verhandlungsposition gebracht und wird dem Eigentümer wohl Zugeständnisse machen müssen, um den Steg endlich für die Grazerinnen und Grazer benutzbar zu machen. Im September 2019 erklärten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl, die Verhandlung zur Chefsache. In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie folgende

Frage

Mit welchen zusätzlichen Kosten bzw. Zugeständnissen (z.B.: in Zusammenhang mit der Verbindungsstraße Neuholdaugasse und Andersengasse, Sichtschutz etc.) ist bei einer endgültigen Einigung mit dem Grundstückseigentümer zu rechnen.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Dienstag, 16. Juni 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 18. Juni 2020

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Steinpoller Lendplatz – Lösung für Skater und BewohnerInnen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Bereits seit über einem Jahr gibt es am Lendplatz einen Konflikt, da die Anti-Terror-Schutzbauten zu einem beliebten Treffpunkt und Übungsplatz für die Skater-Community geworden sind, während AnrainerInnen sich über die Lärmbelästigung beklagen.

Bereits im Juni 2019 stellte ich einen Antrag im Gemeinderat, damit eine Einigung im Sinne aller Beteiligten herbeigeführt würde. Dieser ist bis heute unbeantwortet geblieben.

Im Oktober 2019 schlossen Sie, Herr Bürgermeister, - in Beantwortung einer Frage von Herrn Swatek - eine Kompromisslösung aus. Vielmehr kündigten Sie an, aus den Steinpollern Sitzgelegenheiten zu machen, um sie so für Skater unbrauchbar zu machen. Außerdem erwähnten Sie die Bemühungen von Stadtrat Hohensinner, für die Skater als Alternative eine entsprechende Skater-Übungsmöglichkeit zu schaffen. In einem Zusammentreffen im November letzten Jahres von Verantwortlichen des Marktamtes, Herrn Stadtrat Hohensinner sowie VertreterInnen des Vereins Gräb wurde dennoch ein Kompromiss erarbeitet, dem zufolge nur ein Teil der Poller mit Holzauflagen ausgestattet werden sollte. Im Gegenzug würden zeitliche Einschränkungen für SkaterInnen (abends nur bis 22 Uhr, kein Skaten an Sonn- und Feiertagen) gelten und es würde eine zusätzliche Übungsmöglichkeit für SkaterInnen geschaffen. Doch auch dieser Kompromiss wurde wieder revidiert, da das Marktamt plötzlich Widerstand gegen die teilweise Nutzung der Poller am Lendplatz durch die Skater-Community leistete. Seither herrscht Stillstand und an der Problematik hat sich nichts geändert.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Welche Lösung im Sinne der Beteiligten haben Sie bis wann angedacht?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 215
+ 43 (0) 316 – 872 215
+ 43 (0) 316 – 872 215
+ 43 (0) 316 – 872 215

Fax: + 43 (0) 316 – 872 215

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, 18. Juni 2020

Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Fortsetzung der Finanzierung eines Stipendiums für Gedenkdienstleistende

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

2014 wurde erstmals ein Stipendium zur finanziellen Unterstützung von Gedenkdienstleistenden durch die Stadt Graz ermöglicht. Dieses wurde auch in den Folgejahren gewährt, wobei ein Betrag von höchstens 20.000 € pro Jahr bzw. ein Höchstbetrag von 10.000 € pro Person festgelegt wurden. Im Jahr 2019 blieb jedoch diese finanzielle Unterstützung aus und auch für dieses Jahr ist ein diesbezügliches Stipendium offenbar nicht vorgesehen.

Für viele junge Menschen, sowohl Männer als auch Frauen, ist ein Gedenkdienst in vielerlei Hinsicht wichtig. So ist das spezielle Ziel dabei, dass die TeilnehmerInnen in einer der zahlreichen Holocaust-Gedenkstätten, Museen und Forschungseinrichtungen auf der ganzen Welt zum Einsatz kommen und dadurch über ihre unterschiedlichen Tätigkeiten vor Ort eine intensive Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und des Gedenkens an die Opfer ermöglicht wird. Diese Bewusstseinsbildungs- und Aufklärungsarbeit ist somit generell eine wichtige Erfahrung für die Gedenkdienstleistenden, kann aber auch eine Grundlage dafür sein, dass sie weiterhin einen persönlichen Beitrag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in unsere Gesellschaft einbringen. Dabei darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, dass eine zusätzliche Unterstützung in Form eines Stipendiums erforderlich ist, da sich die monatliche finanzielle Unterstützung an den Regelungen des Zivildienstes bzw. des Freiwilligen Sozialjahres orientiert und sich deshalb viele junge Menschen die Absolvierung eines Gedenkdienstes nicht leisten können.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, prüfen zu lassen, ob eine Fortsetzung der Finanzierung eines Stipendiums der Stadt Graz für Gedenkdienstleistende auf Perspektive wieder ermöglicht werden kann?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobmann Gemeinderat Manfred Eber

Graz, am 18. 6. 2020

Anfrage **an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl**

Betrifft: Büroräumlichkeiten Gürtelturnplatz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die MitarbeiterInnen des Strafreferats der Abteilung 17 hatten in der Vergangenheit ihre Büros sowohl im Bauamtsgebäude als auch am Tummelplatz. Aufgrund der beengten Platzverhältnisse im Bauamtsgebäude entschloss man sich, für das Strafamt neue Räumlichkeiten zu suchen. Fündig wurde man am Gürtelturnplatz 2/Eggenbergergürtel 71: Auf 900 m² in zwei Geschossen bezogen im Juni 2018 rund 30 städtische Bedienstete ihre neuen Arbeitsplätze. Bereits nach wenigen Monaten mussten sie aufgrund krankmachender Stoffe in der Atemluft wieder ausziehen.

In der Gemeinderatssitzung vom 15. November 2018 stellte ich diesbezüglich eine Frage an Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler. In der schriftlichen Beantwortung wurde mir von ihm mitgeteilt, dass die Sanierung bis 31. 3. 2019 abgeschlossen sein muss, widrigenfalls eine Rückabwicklung des Mietvertrags erfolgen würde.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage

Wie ist die aktuelle Situation in den Büroräumlichkeiten am Gürtelturnplatz? Gibt es aktuelle Luftgütemessungen? Wie sind diese ausgefallen?

Wurden die Vorgaben, die seitens der Stadt an die Vermieterin gestellt wurden, vollinhaltlich eingehalten?

Wann wurden die Mietzahlungen wiederaufgenommen, wie lange waren sie ausgesetzt?

Gibt es seit dem Wiedereinzug in diese Büroräumlichkeiten besondere Vorkommnisse (Beschwerden über Luftqualität, Krankenstände, etc.)?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 18. Juni 2020

Anfrage
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Büropersonal für Grazer Volks- und Neue Mittelschulen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wie am 3. 6. 2020 in der Kleinen Zeitung zu lesen war, wird die Administration der Top-Tickets (Schülerfreifahrt) nun ebenfalls den Schulen übertragen. Was grundsätzlich eine erfreuliche Maßnahme ist, hat allerdings einen Haken: Viele Direktorinnen und Direktoren beklagen jetzt schon, dass ihr Arbeitspensum beträchtlich mit Administration ausgefüllt, ja direkt damit „zugeschüttet“ wird. So wurden in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben, z. B. auch solche der Personalverwaltung, an die Schulen delegiert.

Für pädagogisches Agieren bleibt – gemeinsam mit den LehrerInnenteams – immer weniger Zeit. - nicht gut für Schultypen mit oft sehr komplexer SchülerInnenzusammensetzung, die erhöhte Achtsamkeit, Aufmerksamkeit und pädagogisches Taktgefühl erfordern.

In Zeiten katastrophaler Arbeitslosenzahlen ist die Anstellung administrativer Verwaltungskräfte in Anlehnung an die Praxis an Bundesschulen (Stundenkontingent je nach Schulgröße, Vollzeitkraft für zwei Schulen zuständig usw.) nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern wesentliche Entlastung vieler DirektorInnen und Direktoren und ihrer LehrerInnenteams in Grazer Volksschulen und Grazer Neuen Mittelschulen, damit sie sich wieder größtenteils ihren wahren pädagogischen Aufgabenstellungen widmen können.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich mit den zuständigen Abteilungen in Verbindung zu setzen, damit PflichtenschuldirektorInnen künftig personelle Unterstützung bei ihren administrativen Aufgaben bekommen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 18. Juni 2020

Antrag

Betrifft: **Mahnmal Lager Liebenau**

Bei den jüngsten Ausgrabungen auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Liebenau wurden erneut viele Funde gemacht. Alle Fakten deuten darauf hin, dass – wie durch Zeug*innenaussagen bestätigt – unter dem Gelände noch viele Leichen liegen müssen. Diese Massengräber sind stumme Zeugen für die Gräueltaten, die an diesem Ort in der NS-Zeit durchgeführt wurden.

Die Erinnerung an diese Taten soll allen Menschen auf ewig eine Mahnung sein, damit Ähnliches nie wieder passieren kann. Aus diesem Grund ist bereits geplant, ein Mahnmal an diesem Ort zu errichten. Dabei muss jedoch bedacht werden, dass an ein Mahnmal andere Anforderungen gelten als an ein reines Denkmal oder Kunstwerk im öffentlichen Raum: Es muss gut sichtbar sein und seine Botschaft soll auch ortsunkundigen Menschen klar verständlich werden. Darüber hinaus sind Mahnmale wichtige Gedenkort für Angehörige von Opfern und Erinnerungsorte für Initiativen, die sich gegen das Vergessen engagieren.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Für ein Mahnmal für die Verstorbenen im ehemaligen Lager Liebenau soll baldmöglichst eine international angelegte, öffentliche Ausschreibung erfolgen, deren Einreichungen von einer Jury, bestehend aus Künstler*innen, Kunsthistoriker*innen, Zeithistoriker*innen, Mitarbeiter*innen des Kulturamtes sowie Vertreter*innen aus Gedenkinitiativen und Angehörigen von Opfern, ausgezeichnet werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 18. Juni 2020

Antrag

Betrifft: Ausspucken auf der Straße ist ekelhaft und gefährdet

Das Ausspucken auf der Straße ist ein gesellschaftlich völlig inakzeptables, ekelhaftes Verhalten. Und es ist außerdem aus hygienischen Gründen – gerade in Zeiten von Corona – auch gefährlich.

Nach mehreren Initiativen zum Thema Sauberkeit im öffentlichen Raum (achtloses Wegwerfen von Zigarettenkippen etc.) möchte ich eindringlich darauf hinweisen, dass, besonders an den Haltestellen, leider das Ausspucken vor dem Einsteigen in die Straßenbahn wahrgenommen wird.

Am 19. März erklärte Elisabeth Presterl, Leiterin des Institutes für Krankenhaushygiene der MedUni Wien, im Kurier: „Coronaviren können in biologischem Material, etwa Schleim, überleben. Daher bitte nicht in die Umgebung spucken!“

Ebenso gab es auch im TV wiederholt Aufforderungen von Fußballtrainern an deren Spieler, nicht mehr auf den Rasen zu spucken.

Ein Ausspuckverbot sollte eigentlich in die Straßenreinhalteverordnung der Stadt Graz mitaufgenommen werden (insbesondere für Haltestellen und Kinderspielplätze) und ein Verstoß dagegen als Verwaltungsübertretung geahndet werden.

Als wichtige erste Gegenmaßnahme für mehr Bewusstsein zur notwendigen Hygiene, sollte auf den Dreiecksständern an den Haltestellen („Bitte Abstand halten“) folgender zusätzlicher Hinweis zu lesen sein: „Ausspucken gefährdet!“

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats sollen beauftragt werden, die Grazer Haltestellen ehestmöglich mit dem gut sichtbaren Hinweis „Ausspucken gefährdet!“ auszustatten.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 18. Juni 2020

Antrag

Betrifft: Großer Grazer Frühjahrsputz

Der große „steirische Frühjahrsputz 2020“ musste heuer zur Eindämmung der Corona-Pandemie leider sowohl in Graz als auch in der gesamten Steiermark verständlicherweise abgesagt werden.

Die erfolgreiche Umweltaktion fand in der Vergangenheit immer sehr großen Anklang in der Bevölkerung, welche dazu eingeladen wurde, ein Zeichen gegen das unbedachte Wegwerfen von Müll zu setzen und Grünanlagen, Wiesen, Wälder, Bachläufe etc. zu reinigen. Auch gab es für die TeilnehmerInnen immer schöne Preise zu gewinnen.

Nachdem jedoch mit 15. 6. 2020 die Maßnahmen im gesamten Bundesgebiet erheblich gelockert wurden, wäre der Zeitpunkt günstig, den großen Frühjahrsputz im Großraum Graz ehestmöglich nachzuholen, liegt doch leider sehr viel Müll in der Natur, welcher darauf wartet, eingesammelt zu werden.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrates sowie die zuständige Stadträtin für Umwelt werden höflich ersucht zu evaluieren, ob es, wie im Motivenbericht beschrieben, möglich ist, die Aktion „Großer Grazer Frühjahrsputz“ noch vor den Sommermonaten zu starten.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 18. Juni 2020

Antrag

Betrifft: **Graz repariert**

Seit einem Gemeinderatsbeschluss vom 13. Dezember 2018 fördert die Stadt Graz Reparaturinitiativen (Repair-Cafés) und Reparaturdienstleistungen bei dazu berechtigten Gewerbeunternehmen.

Diese Förderung dient der Ressourcenschonung durch Wiederverwendung von grundsätzlich noch gebrauchsfähigen Gegenständen (ReUse). Dazu sollen die Tätigkeit des Reparierens wieder stärker hervorgehoben werden und gemeinschaftliche Reparaturinitiativen gefördert werden.

Die Förderung von Reparaturmaßnahmen dient neben der Erhöhung der Lebensdauer von Geräten und Gegenständen auch der Bewusstseinsbildung, weshalb eine intensivere Bewerbung dieser Förderung sinnvoll ist.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die der Umwelt dienende Aktion „Graz repariert“ aktiv zu bewerben.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 18. Juni 2020

Antrag

Betrifft: Zugang zu Grazer Bäder vereinfachen

Viele Grazerinnen und Grazer freuen sich, dass die Bäder nun eröffnet wurden. Doch die Rahmenbedingungen für einen Besuch trüben den Badespaß ein wenig: So kann man Eintrittskarten lediglich online vorbestellen und es gibt auch keine Ermäßigung für Familien.

Wünschenswert wäre zusätzlich zu der Online-Reservierung eine telefonische Reservierungsvariante, die den Zugang zu den Bädern vor allem für ältere Grazer und Grazerinnen erleichtern würde.

Auch bei den neuen Ticketpreisen gibt es Verbesserungspotential. Nachdem es heuer keine vergünstigten Saisonkarten gibt, wäre eine ermäßigte Familientageskarte ganz im Sinne der vielen, die sich ohne Preisnachlass dem Badespaß nur sehr schwer oder gar nicht leisten können. Auch Stundenkarten wären sinnvoll.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen werden höflichst ersucht zu überprüfen, ob eine telefonische Reservierungsvariante und eine ermäßigte Familientageskarte für die Grazer Bäder raschestmöglich umgesetzt werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 18. Juni 2020

Antrag

Betrifft: **Wanderweg errichten**

Eine beliebte Wanderroute verläuft bekanntlich im Grazer Osten liegend in der Nähe der FH Campus02 entlang der Zusertalstraße in Richtung Platte oder Rosenhain. Viele Wandernde und Natursuchende benützen dabei einen mittlerweile zu einem Trampelpfad mutierten Wald- und Wiesenweg inmitten der Natur. Dabei führt dieser nicht offizielle Weg über Grundstücke, welche der WKO, der GBG sowie zwei privaten Besitzern gehören. Die Benutzung wurde bisher stillschweigend von den GrundstücksbesitzerInnen toleriert. Es wäre jedoch für viele Natursuchende wünschenswert, dass dieser Trampelpfad ein offizieller Weg wird.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit den entsprechenden Grundstückseigentümern Kontakt aufzunehmen, damit ein offizieller Wanderweg von der FH Campus 02 in Richtung Platte oder Rosenhain errichtet wird.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Sigrid Zitek

Donnerstag, 18. Juni 2020

Antrag

Betrifft: Arbeit und soziale Sicherheit für Menschen mit Behinderung

Die Volksanwaltschaft veröffentlichte im Dezember 2019 einen Sonderbericht, der auf die Probleme beim Thema Arbeit und Behinderung hinweisen soll.

Durch den rein nach medizinischen Gesichtspunkten vorgenommenen Ausschluss von Hilfen des AMS zur Begründung eines Arbeitsverhältnisses wie auch die fehlende kranken- und pensionsversicherungsrechtliche Absicherung von rund 22.000 in Behindertenwerkstätten tätigen Menschen mit Behinderung werden Erwachsene in die Rolle von Kindern gezwungen.

Der Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention beschreibt das Recht von Menschen mit Behinderung auf Arbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen. Dieses Recht auf Arbeit schließt die Möglichkeit ein, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die frei gewählt oder frei angenommen wird.

Gleichzeitig spricht die UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 27 die staatliche Pflicht aus, durch geeignete Schritte die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu sichern und zu fördern.

Österreich hat sich in internationalen Übereinkommen verpflichtet, Menschen mit Behinderung nicht zu diskriminieren und ist dadurch verpflichtet, einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen, der aber derzeit in keiner Weise verwirklicht ist.

Es gibt drei Problembereiche:

- Es gibt keinen inklusiven Arbeitsmarkt
- Menschen mit Behinderung erwerben durch ihre Tätigkeit in Werkstätten keinen Anspruch auf Sozialversicherung.
- Menschen mit Behinderung erhalten nur ein Taschengeld von 5 € - 200 € im Monat und somit keine adäquate Entlohnung.

Der fehlende Sozialversicherungsanspruch und die Qualifizierung als „nicht arbeitsfähig“ ziehen weitreichende Folgen mit sich:

- Menschen mit Behinderung können keine Maßnahme des AMS in Anspruch nehmen, um am ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.
- Keine Möglichkeit für Krankenstand oder Inanspruchnahme anderer ArbeitnehmerInnenrechte.
- Abhängigkeit von Waisenrente oder Sozialhilfe.
- Bei Bezug von Sozialhilfe ist kein Vermögensaufbau möglich.
- Kein Pensionsanspruch -> keine Alterspension. Somit müssen auch alte Menschen mit Behinderung tagsüber Werkstätten besuchen, weil es keine anderen Betreuungsangebote gibt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Ämter und Abteilungen werden ersucht, an den Bund heranzutreten mit dem Ersuchen:

1. Gesetzliche Regelungen und Strukturen so zu ändern, dass sich Menschen mit Behinderung mit ihren Potentialen und Fähigkeiten beruflich einbringen können.
2. Eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung von in Behindertenwerkstätten eingegliederten Personen zu bewirken.
3. Neue Modelle der Entlohnung abseits des bisherigen Taschengeldsystems zu schaffen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Graz, am 18. Juni 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Einführung einer Vermögenssteuer**

Die Corona-Krise bringt nicht nur große Herausforderungen für den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich mit sich, auch im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sind die betroffenen Volkswirtschaften von gigantischen Umbrüchen betroffen. So ist aus heutiger Sicht mit einem Rückgang des BIP in Höhe von 5,2 bis 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, einem Ausmaß, das selbst die Krise von 2008 bei weitem übertrifft.

Auf dutzende Milliarden Euro belaufen sich die Kosten für die öffentlichen Haushalte, vom Bund über die Länder bis hin zu den Gemeinden. Dass aber Vermögen auch in Österreich vorhanden ist, der gesellschaftliche Reichtum groß wie nie zuvor, wird gerne übersehen. Allerdings ist dieses Vermögen extrem ungleich verteilt. Während sich etwa die Hälfte der Bevölkerung weniger als 3 Prozent des Vermögens teilt, besitzen die oberen 10 Prozent rund zwei Drittel des Gesamtvermögens. Das reichste Prozent (das entspricht rund 90.000 Personen, incl. Kinder) verfügt über 40 Prozent des österreichischen Vermögens¹.

Auch das Steuersystem wirkt dieser Schieflage nicht entgegen, sondern verstärkt bestehende Ungleichheiten. Während die Steuern auf Arbeit und die Abgabenquote zu den höchsten im OECD-Raum gehören, liegt Österreich bei den vermögensbezogenen Steuern mit rund einem halben Prozent Anteil am BIP im Schlussfeld der OECD.

Oftmals hört man, eine Vermögenssteuer würde ja nur wenig bringen, weil sie nur wenige belasten würde. Tatsächlich zeigen aber Untersuchungen, dass eine progressive Vermögenssteuer (s. u.) dem österreichischen Budget über elf Milliarden Euro bringen würde, und das unter Einrechnung der "Ausweicheffekte", sprich Kapitalflucht.










¹ Studie des Jahoda Bauer Instituts in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank

Das Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der JKU hat Modellrechnungen vorgenommen. Wichtiger Ausgangspunkt dabei ist die Schätzung mit Vermögensdaten, die durch die Inklusion „superreicher“ Österreicher erweitert wurden:

Spalte 1 „Bisherige Daten“: Die erste Spalte zeigt die „klassische“ Rechnung mit den bisherigen Daten der HCF-Studie der Europäischen Zentralbank und Österreichischen Nationalbank.

Spalte 2 „Angepasste Daten“: Die zweite Spalte zeigt, dass durch die realistischere Schätzung sowie durch Einbeziehung der Superreichen mit wesentlich höheren Einnahmen zu rechnen ist.

Spalte 3 „Angepasste Daten mit Ausweicheffekten“: Die dritte Spalte rechnet etwaige „Kapitalflucht“ und Steuer-Tricksereien mit ein.

Modell	Bisherige Daten	Angepasste Daten	Angepasste Daten mit Ausweicheffekten
Lineares Modell I Freibetrag: 1 Million Euro Steuersatz: 1%	2,5 Mrd. 	5,5 Mrd. 	4,2 Mrd. 
Lineares Modell II Freibetrag: 500.000 Euro Steuersatz: 1%	3.6 Mrd. 	6.7 Mrd. 	5 Mrd. 
Progressive Steuer Freibetrag: 1 Million Euro Steuersatz: 1-2 Millionen: 1% 2-3 Millionen: 2% 3 Millionen: 3%	5.8 Mrd. 	14.4 Mrd. 	11.1 Mrd. 

Quelle: Kontrast.at²

Zu vergleichbaren Ergebnissen kam die oberösterreichische Arbeiterkammer bereits vor einigen Jahren.³

Bereits vor der Corona-Krise galten über eine Million Österreicherinnen und Österreicher als arm oder armutsgefährdet, darunter 130.000 Kinder und Jugendliche. Die aktuelle Corona-Krise birgt nun die Gefahr, dass sich diese Zahlen dramatisch erhöhen. 480.896 Arbeitslose (inkl. Schulungen) und rund 1,14 Millionen Menschen in Kurzarbeit (Stand 16. Juni 2020) haben mit z. T. enormen Einkommensverlusten zu kämpfen, dazu kommen noch Selbständige, die z. T. über nahezu 100%ige Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die Hilfspakete von Bund, Ländern und Gemeinden leisten wertvolle Unterstützung, können aber den Einnahmefall nicht wettmachen.

Es ist nun höchst an der Zeit, dass mit der Einführung einer Vermögenssteuer entgegengesteuert wird. Schließlich kann niemand ein Interesse daran haben, dass die große Mehrheit der

²<https://kontrast.at/vermoegen-oesterreich-steuern-bildung/>

³https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/vermoegen/Vermögenssteuer_bringt_mehrere_Milliarden.html

Bevölkerung die Zeche zahlt, während die wirklich Vermögenden in Österreich keinen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber, folgende Maßnahmen zu treffen:

- 1. Prüfung oben genannter Modelle einer Vermögenssteuer und Einführung einer gestaffelten Vermögenssteuer auf Privatvermögen ab einer Million Euro.**
- 2. Rasche Umsetzung einer Steuerreform mit einer spürbaren Lohnsteuersenkung, finanziert aus den Einnahmen der Vermögenssteuer.**



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Graz, am 18. Juni 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Schulsportplätze im Sommer gratis nutzen

Die aktuelle Corona-Pandemie schränkt die Bewegungsmöglichkeiten und den Drang von Kindern und Jugendlichen, sich im Freien auszutoben, bereits über lange Wochen stark ein. Gerade das wäre aber, wie wir alle wissen, enorm wichtig für die Entwicklung, die Gesundheit und auch das psychische Wohlbefinden.

„Sport ist die Fortsetzung der Gesundheitspolitik mit anderen Mitteln“ formulierte es Sportlandesrat Drexler in einem Interview der „Woche“ vom 10. Juni 2020

Beim Eintrag „venuzle.at“ erfährt man unter „Sportamt“, dass mittlerweile über 7.000 Kindern und Jugendlichen 365 Tage im Jahr auf 28 Bezirkssportplätzen und zwei Langlaufloipen 46 Sportkurse kostenfrei angeboten werden. Das ist ein ganz großartiges Angebot.

Auch die Schulsportplätze der Pflichtschulen in Graz sollten nach diesem Vorbild in der Zeit der langen Sommerferien gratis genutzt werden können. Mit einem solchen Angebot wäre zum einen dem Umstand Rechnung getragen, dass es in manchen Bezirken nur mehr sehr wenig frei zugänglichen Grünraum gibt und sich andererseits Hausordnungen häufen, die beliebte Sportarten, wie beispielsweise das Fußballspielen, in den Innenhöfen verbieten. Gerade jetzt wäre eine kostenlose Öffnung der Schulsportplätze besonders wichtig, da viele Familien wegen der Corona-Pandemie den Sommer zuhause verbringen werden und gleichzeitig die Eintrittskarten der Freibäder stark kontingentiert sind.

Bezüglich der Haftungsfrage der Schulerhalter verweise ich erneut auf Sportlandesrat Drexler, der dazu sagte: „Probleme gibt es etwa im Haftungsbereich, es kann aber nicht sein, dass es daran scheitert.“ - Das meine ich auch!

Eine Möglichkeit wäre, wie es bereits jetzt schon für Spielplätze geregelt ist, auf die freiwillige Begleitung bzw. Aufsicht durch die Erziehungsberechtigten zu setzen. Eine noch bessere Lösung

wäre freilich, angehende SportlehrerInnen oder ausgebildete TrainerInnen während der Ferienwochen zu finanzieren. Dies würde auch die ordnungsgemäße Nutzung der Schulsportplätze garantieren.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Möglichkeit der kostenlosen Öffnung der Schulsportplätze in den Sommerferien zu prüfen, entsprechende Details bezüglich der Haftung mit den Schulerhaltern abzuklären und noch vor Beginn der diesjährigen Sommerferien ein Konzept gemäß dem Motiventext zu entwickeln.